



Presseinformation

An die
Vertreterinnen und Vertreter
der Medien

Wiesbaden, 17. September 2018
Nr. 259

„Land hilft den Kommunen aktiv bei der Zukunftsgestaltung“ Innenminister Peter Beuth und Dr. Walter Wallmann, Präsident des Hessischen Rechnungshofs, besuchen 100. NSK-Beratungsgespräch des KIKZ

Wiesbaden/Grävenwiesbach. Der Hessische Innenminister Peter Beuth hat heute gemeinsam mit Dr. Walter Wallmann, Präsident des Hessischen Rechnungshofs, das 100. Beratungsgespräch für Nicht-Schutzschirmkommunen des Kompetenzzentrums für Interkommunale Zusammenarbeit (KIKZ) in der Gemeinde Grävenwiesbach besucht und die Anstrengungen des Landes zur Unterstützung der Kommunen in Hessen hervorgehoben. Seit 2015 gibt es im Hessischen Innenministerium eine Stabsstelle zur kostenlosen Beratung von Nicht-Schutzschirmkommunen. Diese wird vom Hessischen Rechnungshof unterstützt.

„Das Land hilft den Kommunen aktiv bei der Zukunftsgestaltung und steht dabei eng an der Seite der kommunalen Familie. Wir haben festgestellt, dass nicht immer nur mehr Geld den Kommunen hilft, sondern insbesondere mehr Beratung vonnöten ist. Auf dem Weg zu einer generationengerechten und nachhaltigen Haushaltspolitik bietet das Land deshalb seit 2015 Nicht-Schutzschirmkommunen Beratungen in Fragen der Haushaltspolitik an. Den Städten und Gemeinden wird so eine vergleichende Haushaltsanalyse angeboten und Handlungsempfehlungen für die zukünftige Haushaltspolitik dargelegt. Gemeinsam wurde dabei bis heute schon viel erreicht: Die Städte und Gemeinden investieren verantwortungsvoller und weitsichtiger als in der Vergangenheit, was dem Wohle der Bürgerinnen und Bürger vor Ort sowie den künftigen Generationen zugutekommt“, so Kommunalminister Peter Beuth und Rechnungshof-Präsident Dr. Walter Wallmann.

Pressesprecher:
Michael Schaich

Telefon: (0611) 353 -1607
Telefax: (0611) 353 -1608

Hessisches Ministerium des Innern und für Sport
Friedrich-Ebert-Allee 12, 65185 Wiesbaden

<http://www.innen.hessen.de>
pressestelle@hmdis.hessen.de

Hessen bietet mit der freiwilligen Beratung für Nicht-Schutzschirmkommunen und dem Kompetenzzentrum für Interkommunale Zusammenarbeit nützliche und kompetente Hilfestellung an. Nach einer ersten Kontaktaufnahme durch die Gemeinde beim Kompetenzzentrum Interkommunale Zusammenarbeit (KIKZ) erfolgt eine detaillierte Feinanalyse des jeweiligen Haushalts durch die Mitarbeiter des Rechnungshofs. Im Rahmen eines Workshops wird dann ein auf die Kommune zugeschnittener Konsolidierungsweg aufgezeigt. Auch bei der Nachbetreuung des dann eingeschlagenen Weges stehen die Experten des Rechnungshofs zur Verfügung. Seit 2015 und bis heute haben mit der Gemeinde Grävenwiesbach 21 Gemeinden (> 5.000 Einwohner), 59 Kleinstädte (5.000 bis 20.000 Einwohner) und 20 Mittelstädte (< 20.000 Einwohner) das Beratungsangebot des Landes wahrgenommen.

Kommunen haben den Turnaround geschafft

Das Land Hessen unterstütze die Kommunen nach Kräften, so Peter Beuth. Im Zusammenspiel mit zusätzlichen Finanzmitteln von außen, durch die Aufsicht angeleiteter Ausgabendisziplin und Ausschöpfung eigener Einnahmepotentiale sowie Sonderhilfen für die am meisten verschuldeten Kommunen, sei der finanzpolitische Neustart bereits gelungen: „Hessens Kommunen haben den Weg aus der Schuldenspirale geschafft und ihre finanzielle Stellung deutlich verbessert. Im vergangenen Jahr erwirtschafteten sie einen Haushaltsüberschuss von mehr als einer Milliarde Euro – ein Wert, der zuletzt vor zehn Jahren erreicht worden ist. Gleichzeitig werden in diesem Jahr voraussichtlich 97 Prozent der Hessischen Kommunen einen ausgeglichenen Haushalt präsentieren können. Damit haben die hessischen Kreise, Städte und Gemeinden in der aktuellen Legislaturperiode bei den Kommunal финанzen den Turnaround geschafft.“

„Ich empfinde großen Respekt für die Kommunen, die sich auf den – nicht immer einfachen – Weg Richtung gesunde Kommunal финанzen gemacht haben!“, sagte Walter Wallmann. „Wir wollen mit unserer Beratung erreichen, dass kommunale Handlungsfähigkeit wiedergewonnen bzw. gesichert wird. Dies dient den Bürgern – sowohl der heutigen als auch künftigen Generationen.“

Kompetenzzentrum Interkommunale Zusammenarbeit

Das Kompetenzzentrum Interkommunale Zusammenarbeit (K IKZ) berät Gemeinden und Städte vorwiegend in Rechtsfragen, bei der Projektentwicklung, der Herbeiführung kommunalpolitischer Entscheidungen, informiert über Fördermöglichkeiten und hilft bei der Antragstellung auf Fördermittel. Dazu gehört zum Beispiel die aktive Unterstützung der Kommunen bei der Bildung von Gemeindeverwaltungsverbänden bis hin zur Fusion von Gemeinden. Seit dem Jahr 2009 konnten rund 265 IKZ-Projekte mit einem Finanzvolumen von rund 19 Millionen Euro gefördert werden. An den 265 geförderten Projekten sind mehr als

1.300 Kommunen beteiligt. Statistisch gesehen ist also jede der 444 hessischen Kommunen an 2,9 IKZ Projekten beteiligt.

Ausführliche Informationen und Informationen zum Kompetenzzentrum Interkommunale Zusammenarbeit finden Sie unter www.ikz-hessen.de.